

Neuberger, Doris; Rähke-Döppner, Solvig

Working Paper

Wirksamkeit von Landesbürgschaften und Bürgschaftsbanken: Eine empirische Studie für Mecklenburg-Vorpommern

Thünen-Series of Applied Economic Theory - Working Paper, No. 87

Provided in Cooperation with:

University of Rostock, Institute of Economics

Suggested Citation: Neuberger, Doris; Rähke-Döppner, Solvig (2008) : Wirksamkeit von Landesbürgschaften und Bürgschaftsbanken: Eine empirische Studie für Mecklenburg-Vorpommern, Thünen-Series of Applied Economic Theory - Working Paper, No. 87, Universität Rostock, Institut für Volkswirtschaftslehre, Rostock

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/39754>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Thünen-Series of Applied Economic Theory
Thünen-Reihe Angewandter Volkswirtschaftstheorie

Working Paper No. 87

**Wirksamkeit von Landesbürgschaften und Bürgschaftsbanken:
eine empirische Studie für Mecklenburg-Vorpommern**

von

Doris Neuberger und Solvig Rsthke-Döppner

Universität Rostock

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Institut für Volkswirtschaftslehre

2008

Wirksamkeit von Landesbürgschaften und Bürgschaftsbanken: eine empirische Studie für Mecklenburg-Vorpommern

Doris Neuberger und Solvig Rähke-Döppner

Universität Rostock*

April 2008

Zusammenfassung

Staatliche Bürgschaften und Bürgschaftsbanken sind wichtige Instrumente, um Kreditrationierung aufgrund von Informationsasymmetrien zu reduzieren und somit die Finanzierung kleiner und mittelständischer Unternehmen zu erleichtern. Der vorliegende Beitrag untersucht die Wirksamkeit dieser Fördermaßnahmen in dem strukturschwachen Land Mecklenburg-Vorpommern auf der Grundlage einer Befragung geförderter Unternehmen aus dem Jahr 2007. Es zeigen sich positive Effekte auf Unternehmenswachstum, Beschäftigung und Finanzierung, von denen eine große Hebelwirkung auf das Wirtschaftswachstum in dieser Region zu erwarten ist.

Effectiveness of Public Loan Guarantees and Guarantee Banks: an Empirical Study for Mecklenburg-Vorpommern

Abstract

Public loan guarantees and guarantee banks are important instruments to reduce credit rationing due to information asymmetries, and thus to ease the financing of small and medium-sized enterprises. The present paper examines the effectiveness of these measures in the economically underdeveloped federal state of Mecklenburg-Vorpommern, based on a survey of assisted firms in 2007. We find positive effects on firm growth, employment and financing, which are likely to have a large leverage on the economic growth in this region.

Keywords: financing of small and medium-sized enterprises; credit rationing; collateral; public loan guarantees; guarantee banks

JEL Code: G21, G28, H81

* Der vorliegende Beitrag basiert auf einer Evaluierung der Bürgschaftsprogramme des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH im Auftrag von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Schwerin und der Bürgschaftsbank Mecklenburg Vorpommern GmbH, Schwerin. Wir danken Bernd Kaak und Dr. Jürgen Drews für die Kooperation. Korrespondenzadresse: Prof. Dr. Doris Neuberger, Volkswirtschaftliches Institut, Universität Rostock, Ulmenstr. 69, D-18057 Rostock, Tel.: +49 381 4984346, e-mail: doris.neuberger@uni-rostock.de

1. Einleitung

Kreditrationierung ist ein gesamtwirtschaftliches Phänomen. Insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen, die auf Bankkredite angewiesen sind, kann es die Insolvenz bedeuten. Das wiederum kann Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung haben. Sicherheiten stellen hier ein wirksames Instrument dar, um Rationierung zu vermeiden. Eine besondere Art der Kreditsicherheit ist die Bürgschaft. Dabei kann der Staat direkt als Bürge auftreten und hat somit ein wirksames Instrument der Wirtschaftspolitik. Allerdings müssen auch hier die Prinzipien der Wirtschaftlichkeit erfüllt sein. Ziel dieses Artikels ist es, die Wirksamkeit der Bürgschaftsprogramme des Landes und der Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern zu untersuchen. Während die Bürgschaftsbank kleinere Kredite bis zu einem Umfang von 1 Million Euro verbürgt, werden größere Kredite durch Landesbürgschaften abgesichert. Um zu beurteilen, ob beide Programme ihre beabsichtigten Wirkungen auf die begünstigten Unternehmen entfaltet, wurde eine Umfrage unter geförderten Unternehmen in Mecklenburg Vorpommern vorgenommen. Anhand der gewonnenen Daten soll die Effizienz staatlicher Wirtschaftspolitik in einem strukturschwachen Land wie Mecklenburg-Vorpommern gemessen werden.

Der weitere Artikel gliedert sich wie folgt. Kapitel 2 gibt einen Überblick über die theoretische und empirische Literatur zu staatlichen Bürgschaften und Bürgschaftsbanken. Kapitel 3 stellt die Ergebnisse unserer empirischen Untersuchung für Mecklenburg-Vorpommern dar. Nach einem Blick auf die wirtschaftlichen Situation des Bundeslandes wird die Wirksamkeit der Bürgschaftsprogramme mit Hilfe einer deskriptiven Analyse der Daten untersucht. Kapitel 4 fasst die Ergebnisse zusammen.

2. Überblick über die Literatur

2.1 Theoretische Grundlagen

Theoretisch kann das Phänomen der Kreditrationierung durch asymmetrische Information zwischen dem Kreditnehmer und der Bank erklärt werden. Die Bank ist nur schwer in der Lage, die Qualität und das Verhalten des Kreditnehmers einzuschätzen. In der Folge kann der Preismechanismus keinen Ausgleich von Kreditangebot und -nachfrage herbeiführen, im Gleichgewicht besteht eine Überschussnachfrage nach Krediten (Stiglitz und Weiss, 1981).

Davon sind besonders kleine und junge Unternehmen betroffen, bei denen die Qualitäts- und Verhaltensunsicherheit am größten sind.¹

Kreditsicherheiten können diese Kreditrationierung verhindern, da sie Qualitäts- und Verhaltensunsicherheit aufgrund asymmetrischer Information mindern können.² Durch die Gestaltung anreizkompatibler Verträge können die Kreditnehmer in verschiedene Risikogruppen unterteilt werden. Indem sie einen der ihnen angebotenen Verträge wählen, können sie ihre Qualität offenbaren und sich damit selbst selektieren (Bester, 1985). Zudem ist mit den Sicherheiten eine Verlustaversion verbunden, wodurch eine Erhöhung des Projektrisikos verhindert werden soll (Bester und Hellwig, 1987). Die Höhe der Sicherheiten hat Einfluss auf die Wahl des Anstrengungsniveaus der Kreditnehmer und kann somit die Kreditausfallwahrscheinlichkeit senken (Boot, Thakor und Udell, 1991). Den positiven Wirkungen der Risikominderung durch Kreditsicherheiten stehen allerdings die Kosten der Besicherung gegenüber. Diese beinhalten Kosten der Bereitstellung und Überwachung der Sicherheiten. Zudem schränkt die Verpfändung von Sicherheiten die Flexibilität der Kreditnehmer ein.

Sicherheiten können sowohl intern, aus dem Vermögen des Kreditnehmers bzw. Unternehmens, als auch extern von Dritten in Form von Bürgschaften oder Garantien bereitgestellt werden. Externe Sicherheiten durch Dritte vermindern ebenso wie interne Sicherheiten das Verlustpotenzial des Kreditgebers, können aber Fehlanreize des Schuldners hervorrufen, da dieser nicht mit seinem Vermögen haftet. Wenn der externe Sicherungsgeber besser als der Kreditgeber geeignet ist, die Kreditrisiken, und speziell Verhaltensrisiken, einzuschätzen und zu steuern, ist die Stellung externer Sicherheiten durch Dritte ökonomisch sinnvoll (Bigus, Langer und Schiereck, 2004, S. 21). Externe Kreditsicherheiten sind insbesondere dann vorteilhaft, wenn Vermögensgegenstände im Unternehmen schwierig zu bewerten sind, z.B. weil diese immateriell oder firmenspezifisch sind und kein Markt für sie besteht. Dies ist bei kleinen und jungen Unternehmen besonders wahrscheinlich (Bigus, Langer und Schiereck, 2004).

Bürgschaften sind eine spezielle Form der Besicherungen von Krediten. Eine Bürgschaft stellt nach §§ 765-778 BGB einen einseitig verpflichtenden Vertrag dar, durch den sich der Bürge verpflichtet, für die Verbindlichkeiten eines Dritten gegenüber dessen Schuldner einzustehen (Kriszeleit 2006, S. 1019). Nach dem Prinzip der Subsidiarität sollen mit Bürgschaften nur Investitionsvorhaben unterstützt werden, die ohne ihren Einsatz mangels anderer geeigneter

¹ Vgl. zu den Lösungsmöglichkeiten besonders bei kleinen Unternehmen Neuberger/ Rähke (2007).

² Zum Überblick über die theoretische und empirische Literatur vgl. z.B. Menkow, Neuberger und Suwanaporn (2006).

Sicherheiten nicht oder nur in nicht betriebsoptimalen Größen durchgeführt würden (Schiereck, 2002).³ Da durch Bürgschaften nur ein Teil des Kreditrisikos abgesichert wird⁴, bleibt der Anreiz für die kreditgebende Bank, den Kreditnehmer sorgfältig auszuwählen und zu überwachen, erhalten. Formal wurde gezeigt, dass Finanzintermediation durch Bürgschaftsbanken eine überlegene Form der Kreditvergabe sein kann, da dadurch Spezialisierungsvorteile bei der Kreditwürdigkeitsprüfung genutzt werden (Langer und Schiereck, 2002). Von Bürgschaften sind aufgrund ihrer Anreize weniger allokatonsverzerrende Auswirkungen zu erwarten als von Investitionszuschüssen oder –zulagen, die eher zu Mitnahmeeffekten führen.⁵

Durch Bürgschaften können Unternehmen in speziellen Situationen unterstützt werden. Bürgschaftsbanken und Landesbürgschaftsprogramme werden zu aktiven Risikopartnern, wenn:

- sich der Unternehmer noch nicht am Markt beweisen konnte, Existenzgründungen werden in diesem Fall durch Bürgschaften unterstützt,
- Unternehmen schneller wachsen als das Eigenkapital, was häufig in jungen Branchen der Fall ist,
- gute Unternehmen in krisenbelasteten Branchen wachsen wollen,
- Unternehmen in neuen Branchen wachsen wollen,
- Unternehmen sich in einer einmaligen schwierigen finanziellen Situation befinden (Verband der Bürgschaftsbanken 2006, S. 10).

Alle genannten Punkte sind nicht zu unterschätzende Risikofaktoren bei der Kreditvergabe, die Kreditrationierung verursachen können. Empirische Studien für Deutschland zeigen, dass etwa die Hälfte des Bürgschaftsvolumens für Existenzgründungen und Unternehmensübernahmen bereitgestellt werden, ca. ein Drittel entfällt auf Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe und ca. 30% auf Unternehmen des Dienstleistungssektors. Ein Drittel der Bürgschaftsnehmer kommt aus dem Handwerksbereich (Schiereck, 2002, S. 186, Schmidt und Elkan 2006, S. 16) .Zudem wird eine Bürgschaft umso wahrscheinlicher

³ Einen Überblick über die Tätigkeit von Bürgschaftsbanken in Deutschland gibt Schiereck (2002).

⁴ Ausfallbürgschaften dürfen bei Investitionskrediten maximal 80% der Kreditsumme abdecken, bei Betriebsmittel- und Kontokorrentkrediten maximal 60-80% (Schiereck, 2002, S. 178).

⁵ Allerdings sind Mitnahmeeffekte auch bei Bürgschaften nicht auszuschließen, wenn Bürgschafts- und Rückbürgschaftsbesicherung auch Kreditengagements rentabel werden lassen, deren Ausfallwahrscheinlichkeit weit über dem Wert beim durchschnittlichen übrigen Kreditgeschäft liegt, oder wenn an einer Bürgschaftsbank beteiligte Kreditinstitute sich Kreditvergaben verbürgen lassen, die auch ohne Bürgschaftsabsicherung vergeben worden wären (Schiereck, 2002, S. 187).

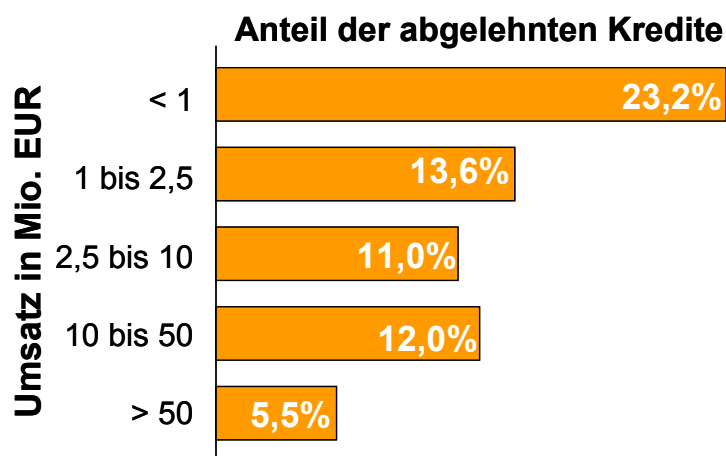
gewährt, je kürzer und weniger eng die Hausbankbeziehung ist (Bigus, Langer und Schiereck 2004).

Bürgschaften können auch im Zusammenhang mit den Basel II-Eigenkapitalregelungen für Kreditinstitute von Vorteil sein. Durch die Übernahme einer Bürgschaft reduziert sich die notwendige Eigenkapitalbindung der Hausbank, was zu einer Reduzierung der Kreditkosten führt. Diese Eigenkapital entlastende Wirkung unterstützt somit die Wirksamkeit der Förderpolitik des Bundes und der Länder (Verband der Bürgschaftsbanken 2006, S. 12).

2.2 Empirische Evidenz

Die Kreditfinanzierung ist im deutschen bank-basierten Finanzsystem traditionell und auch heute eine der Hauptfinanzierungsquellen kleiner und mittlerer Unternehmen.⁶ Allerdings berichten Unternehmen immer wieder von Schwierigkeiten, Kredite zu erhalten. Wie die Abbildung 1 zeigt, gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Anteil der abgelehnten Kredite und der Unternehmensgröße.

Abbildung 1: Anteil der abgelehnten Kredite im Verhältnis zur Unternehmensgröße



Quelle: iwd (2005)

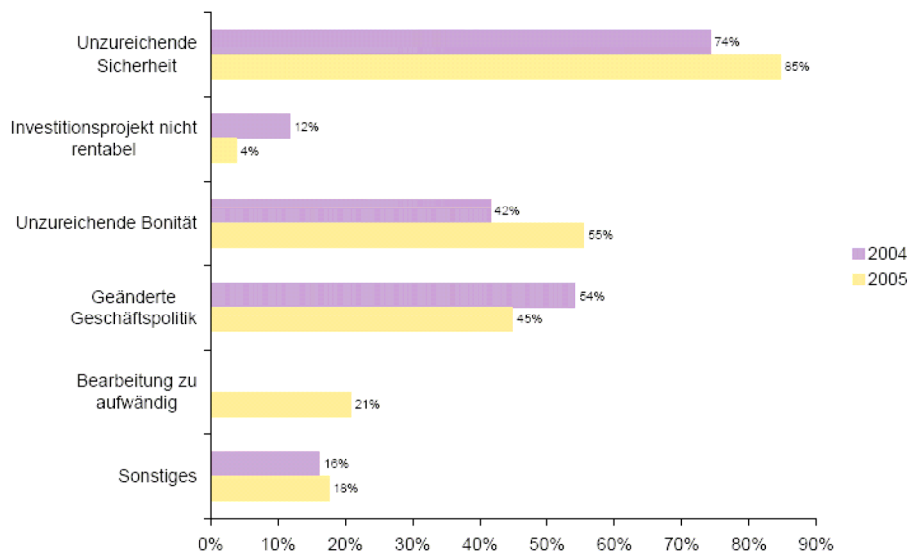
Es fällt auf, dass in allen Unternehmensklassen ein nicht unerheblicher Anteil der Kredite abgelehnt wird. Von dieser Kreditrationierung sind besonders Kleinstunternehmen betroffen. In der Klasse bis 1 Mio. Euro werden 23,2 % der Kreditanträge nicht bewilligt. Eine Unternehmensbefragung für die Jahre 2004 und 2005 (KfW Bankengruppe 2006a) zeigt, dass

⁶ Quantitativ können kleine und mittlere Unternehmen wie folgt definiert werden: Kleinstunternehmen haben weniger als 10 Mitarbeiter und einen Jahresumsatz bzw. eine Bilanzsumme von höchstens 2 Mio. Euro. Kleine Unternehmen haben weniger als 50 Mitarbeiter und einen Jahresumsatz bzw. eine Bilanzsumme von höchstens 10 Mio. Euro. Mittlere Unternehmen verfügen über weniger als 250 Mitarbeiter bei einem Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. Euro bzw. einer Bilanzsumme von höchstens 43 Mio. Euro. Darüber hinaus gehende Unternehmen werden als große Unternehmen bezeichnet (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2003).

der häufigste Grund für die Ablehnung eines Kredites der Mangel an Sicherheiten ist (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Gründe für die Ablehnung eines Kredites

Gründe für die Verweigerung eines Kreditangebots in den Jahren 2004 und 2005



Anmerkung: Mit der Anzahl der Unternehmen hochgerechnete Werte auf der Basis von 832 Beobachtungen in der Stichprobe des Jahres 2005 und 453 Beobachtungen in der Stichprobe des Jahres 2006. Hochrechnungen inklusive „Sonstige“ Branchen. Die Anteile addieren sich zu mehr als 100% da Mehrfachnennungen möglich waren.

Quelle: KfW – Bankengruppe (2006), Mittelstandspanel 2006, Mittelstand: Jobmotor der deutschen Wirtschaft

Auch die jüngste Unternehmensbefragung der KfW (KfW Bankengruppe 2006b) bestätigt dieses Bild: fast 20% der Kreditanträge zur Finanzierung von Investitionen werden abgelehnt, wovon besonders Kleinunternehmen und Unternehmen in Ostdeutschland betroffen sind. Die wichtigsten Gründe sind unzureichende Sicherheiten und eine zu geringe Eigenkapitalquote der Unternehmen. Eine Kreditablehnung führt in 35% der Fälle dazu, dass das Investitionsvorhaben ganz unterbleibt (KfW Bankengruppe 2006b).

Für die Kreditrationierung seitens der Banken sind verschiedene Ursachen verantwortlich. Sie können i) in den institutionellen Rahmenbedingungen, ii) in der konjunkturellen Situation sowie iii) den unternehmensspezifischen Faktoren gefunden werden. Die bedeutendste Veränderung der Rahmenbedingungen in den letzten Jahren ist die Neuregelung der Eigenkapitalnormen bei den Banken (Basel II). Nach Basel II sind Kreditinstitute seit dem 1. Januar 2007 gesetzlich angehalten, Kredite risikogerechter zu bepreisen. Da die Risikobewertung maßgeblich von der Eigenkapitalquote des Unternehmens abhängt, wird der

Kreditzugang insbesondere für eigenkapitalschwache KMU erschwert.⁷ Die in Basel II vorgenommenen Erleichterungen für KMU gestatten zwar im Durchschnitt günstigere Kreditkonditionen. Diese bleiben jedoch den Unternehmen verwehrt, die keinen Zugang zum Bankkredit haben (vgl. DIHK 2007).

Die von 2000 bis 2004 gestiegenen Insolvenzzahlen zeigen die schwierige wirtschaftliche Situation vieler Unternehmen in einer konjunkturellen Schwächephase, die zu hohen Wertberichtigungen bei den Banken führten. So mussten beispielsweise im Jahr 2004 39.270 Unternehmen Insolvenz anmelden. In 18,4% der Fälle handelte es sich dabei um Kleinstunternehmen mit einem Umsatz von weniger als 100.000 Euro. Kleinunternehmen mit einem Umsatz von 500.000 bis 5 Millionen Euro machten einen Anteil von 34,7% am gesamten Insolvenzaufkommen aus. Zudem waren 14,2% der insolventen Unternehmen nicht älter als 2 Jahre (vgl. Creditreform, 2005).⁸ Somit zeigen sich Unternehmensgröße und –alter als wichtige unternehmensspezifische Risikofaktoren, die Einfluss auf das Kreditausfallrisiko für die Bank haben.

Obwohl der konjunkturelle Aufschwung seit Mitte 2005 die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen erleichtert hat, haben nach wie vor kleinere Unternehmen signifikant häufiger Probleme, einen Kredit zu erhalten als große. Während kleinen Unternehmen bei schlechter Bonität eher der Kredit verweigert wird, können größere Unternehmen einen Bonitätsnachteil durch einen Risikoaufschlag bei den Zinsen kompensieren. Ostdeutsche Unternehmen haben nach wie vor einen schlechteren Zugang zu Bankkrediten, der aber weniger durch ihren Standort, als vielmehr durch ihre Größe und Branchenzugehörigkeit bedingt ist (KfW Bankengruppe 2006b).⁹

Zur Lösung dieses Problems können Sicherheiten durch die Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Aber gerade kleine und mittlere Unternehmen weisen häufig einen Mangel an Sicherheiten auf. Bürgschaften helfen in diesem Zusammenhang, den Unternehmen ihre Finanzierungsvorhaben zu sichern. Im Gegensatz zu anderen Förderprogrammen wie Investitionszuschüsse und –zulagen wirken Bürgschaften weniger allokatonsverzerrend, da sie keine Subventionierung von Kapital herbeiführen. Im Jahr 2006 wurde eine Förderung (d.h. öffentliche Hilfe für Investitionen oder Unternehmensfinanzierung) von einem guten

⁷ Dies gilt bereits für die letzten Jahre, in denen sich die Banken auf die Basel II-Regelungen vorbereitet und diese zum Teil implementiert haben.

⁸ http://www.creditreform.de/Ressourcen/PDF_Dokumente/Presse/Presse-Archiv/Presseinformation_Insolvenzen_Deutschland_2004.pdf

⁹ Zu einer Ost-West-Lücke bei der Kreditfinanzierung von KMU in Deutschland vgl. auch Lehmann/Neuberger/Räthke (2004).

Fünftel der Unternehmen in Deutschland beantragt (KfW Bankengruppe 2006b). Am häufigsten waren dabei Anträge auf einen KfW-Kredit (36%) sowie auf Zuschüsse und Zulagen (36%). Ostdeutsche Unternehmen fragen signifikant häufiger Zuschüsse und Zulagen nach (64% gegenüber 23% für westdeutsche Unternehmen). Demgegenüber werden Bürgschaften in Ostdeutschland weniger stark nachgefragt als in Westdeutschland (8,6% gegenüber 10,5% der Fälle). Insgesamt haben nur rund 10% der von der KfW befragten Unternehmen in Deutschland eine Bürgschaft beantragt. Die Beobachtung, dass Bürgschaften wesentlich häufiger von jungen Unternehmen als von Bestandsunternehmen beantragt werden, könnte ein Indiz dafür sein, dass es junge Unternehmen schwerer haben, die für die Kreditfinanzierung benötigten Sicherheiten zu stellen (ebd., S. 56). Allerdings werden Bürgschaftsanträge weniger oft bewilligt als andere Förderanträge. Bei den bewilligten Förderanträgen aller Unternehmen stehen Zuschüsse an erster Stelle (39,6%), gefolgt von KfW-Krediten (37,5%), Länderkrediten (19,8%), EU-Mitteln (17,4%) und Bürgschaften (8,6%) (ebd., S. 61).

In Mecklenburg-Vorpommern hilft das Land durch öffentliche Bürgschaftsprogramme. Aber auch Bürgschaften durch die Bürgschaftsbank unterstützen die Region, indem sie bei der Unternehmensgründung helfen, den Bestand von Unternehmen sichern und somit insgesamt das wirtschaftliche Wachstum fördern. Bürgschaften sind von großer volkswirtschaftlicher sowie regional- und arbeitsmarktpolitischer Bedeutung (Kriszeileit 2006, S. 1027).

Bürgschaften und hier speziell Bürgschaftsbanken bringen einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen mit sich. So konnten Schmidt und Elkan (2006) in einer Simulationsstudie zum volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen von Bürgschaftsbanken in Deutschland zeigen, dass aufgrund der Aktivitäten der Bürgschaftsbanken in den Jahren 1996 bis 2002 das Bruttoinlandsprodukt um 3,2 Mrd. Euro jährlich höher ausgefallen ist. Zudem konnte die Zahl der Beschäftigten erhöht werden (durchschnittlich plus 12.900 jährlich) und die Zahl der Erwerbslosen abgebaut werden (durchschnittlich minus 9.100 jährlich). Das führt zu einer Reduzierung der Sozialausgaben des Staates und hat somit positive Steuereffekte zur Folge. Der Finanzierungssaldo des Staates fällt durch die Aktivität von Bürgschaftsbanken um jährlich rund 670 Mio. Euro höher aus.

Dieser Beitrag speziell der Bürgschaftsbanken, denen die Bürgschaften des Landes in keiner Weise zurückstehen, sind außerdem von einem hohen Maß an Nachhaltigkeit geprägt. So zeigt die angeführte Untersuchung, dass die durch Bürgschaften unterstützten Unternehmen eine überdurchschnittlich hohe Überlebenswahrscheinlichkeit haben. Im Vergleich zu nicht

geförderten Unternehmen beträgt die jahrgangsspezifische Ausfallquote nach 10 Jahren 17% des bewilligten Volumens und wird damit als vergleichsweise niedrig eingestuft. Ein Grund hierfür wird unter anderem in der intensiven Prüfung der Finanzierungsvorhaben gesehen. So helfen Bürgschaftsbanken Existenzgründern durch Check-up Programme, Schwachstellen eines Unternehmensplanes besonders in der Frühphase zu erkennen und zu beseitigen.

Diese dargestellten Effekte rechtfertigen ein Engagement der öffentlichen Hand und zeigen auf, wie wirkungsvoll diese Art der Wachstumspolitik ist.

3. Untersuchung für Mecklenburg-Vorpommern

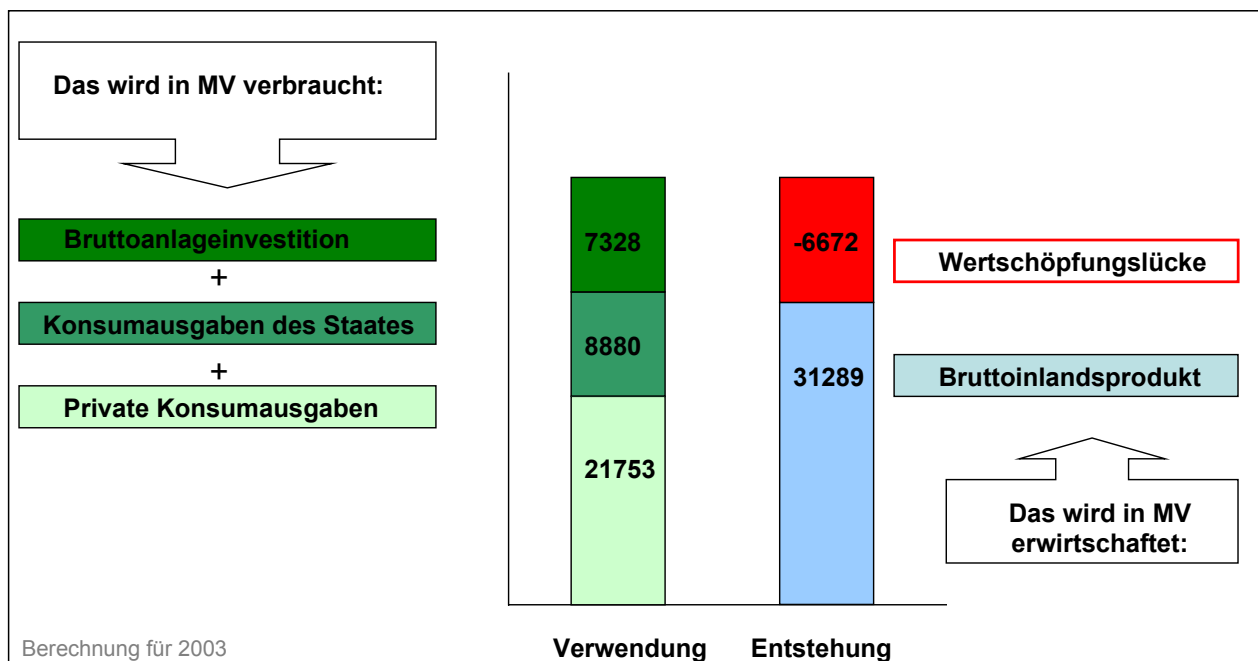
3.1 Hintergrund

Das Wirtschaftswachstum Mecklenburg-Vorpommerns fiel in den letzten 10 Jahren sehr gering aus. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt hat sich die Wirtschaft insgesamt geringer als der ostdeutsche Durchschnitt entwickelt (Ostdeutscher Bankenverband e.V., 2007, S. 2). Daher ist das vorrangige wirtschaftspolitische Ziel der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns, das Wachstum durch die Unterstützung der regionalen Wirtschaft zu fördern und somit die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze zu gewährleisten.

Die Unternehmensstruktur des Flächenlandes Mecklenburg-Vorpommern ist von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt. So stellt diese Unternehmensgruppe mit einem Anteil von 99,9% aller Unternehmen das Rückgrat der Wirtschaft dar. Die Unternehmen erzielen einen Umsatzanteil von 77,4% und beschäftigen 80,6% der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (Mittelstandsbericht Mecklenburg-Vorpommern 2002-2006, S.5). Speziell in Mecklenburg-Vorpommern wird die Hälfte der Wirtschaftsleistung von Unternehmen mit Jahresumsätzen von weniger als 5 Mio. Euro erzielt. Allerdings geht mit dieser auf kleine Unternehmen aufgebauten Struktur ein immenses Problem einher. Trotz ihrer Flexibilität haben kleine Unternehmen häufig nicht das Potenzial, in Forschung und Entwicklung zu investieren oder Auslandsmärkte zu erschließen, um so neues Wachstum zu generieren. Geprägt wird die Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns von der Ernährungs-, Holz-, Metall- und Elektroindustrie sowie maritimer Wirtschaft. Wichtige nichtindustrielle Branchenschwerpunkte sind die Tourismuswirtschaft sowie Land- und Forstwirtschaft. Bau und öffentliche Verwaltung tragen anders als die Industrie überproportional zur Wertschöpfung bei. Zukunftspotenzial und damit eine besondere Förderungswürdigkeit können der Biotechnologie und der Gesundheitswirtschaft zugerechnet werden (Ostdeutscher Bankenverband e.V. 2007, S. 3). Der im bundesdeutschen Vergleich geringe Anteil des

verarbeitenden Gewerbes an der Wertschöpfung begründet ein geringes Investitions- und damit Wachstumspotenzial der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns. Die Industrie ist in Deutschland nach wie vor der wichtigste Investitionsmotor (KfW 2006b). Die geringe Wirtschaftskraft zeigt sich in einer Wertschöpfungslücke in Höhe von mehr als 6,6 Mrd. Euro pro Jahr (vgl. Abbildung 3). D.h. die Unternehmen, die öffentliche Hand und die Bürger verbrauchen mehr als sie erwirtschaften. Um diese Lücke zu schließen, müssen neue Unternehmen und damit mehr Wirtschaftskraft etabliert werden (Mittelstandsbericht Mecklenburg-Vorpommern 2002-2006, S.17).

Abbildung 3: Wertschöpfungslücke Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr 2003 (in Mio. Euro)



Quelle: Eigene Darstellung

Der Mittelstand in Mecklenburg Vorpommern braucht gute Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen. Dabei hilft die Landesregierung durch eine Mittelstandspolitik, die Finanzierung neuer Investitionsprojekte zu erleichtern. Allerdings haben gerade kleine und mittlere Unternehmen häufig Schwierigkeiten, den Kapitalbedarf für ihre geplanten Investitionsvorhaben aus eigener Kraft zu decken, und sind daher auf Kredite angewiesen. Bei geringer Bereitschaft der Banken Kredite zu vergeben, unter anderem begründet durch die sich verändernden Rahmenbedingungen durch BASEL II, kann die Finanzierungsfunktion der Kreditwirtschaft nur eingeschränkt erfüllt werden. Die Folge ist möglicherweise eine verringerte wirtschaftliche Dynamik (Mittelstandsbericht Mecklenburg-Vorpommern 2002-2006, S.5). Diesem kann durch Bürgschaftsprogramme wie das Landesbürgschaftsprogramm

sowie durch die Tätigkeit von Bürgschaftsbanken entgegengesteuert werden. Diese sollen helfen, Standortnachteile von Regionen und Einkommensgefälle zwischen Teilen der Bevölkerung auszugleichen sowie den Wegfall von Wirtschaftszweigen zu verhindern. Diese Art der Wirtschaftsstrukturpolitik ist daher eng mit den Zielen der Wachstumspolitik verknüpft und ein wichtiger Bestandteil der regionalen Förderpolitik (Kriszeleit 2006, S. 1028; KfW 2006b). Die verschiedenen Bürgschaftsprogramme, die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung stehen, sind im Anhang zusammengestellt.

3.2 Datensatz

Die Ergebnisse der Untersuchung beruhen auf einer Umfrage im Jahr 2007, die im Auftrag der PwC AG und der Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH durchgeführt wurde. Insgesamt wurden 780 Unternehmer durch die genannten Unternehmen mit der Bitte angeschrieben, einen Fragebogen zu den von ihnen in Anspruch genommenen Bürgschaften zu beantworten. Dabei entfielen 700 Unternehmen auf die Bürgschaftsbank, d.h. hier wurde jedes zweite Unternehmen angeschrieben. Die verbleibenden 80 Unternehmen sind Empfänger der Landesbürgschaft im Mandat der PwC AG. Dies entspricht der Gesamtzahl der hier geförderten Unternehmen.

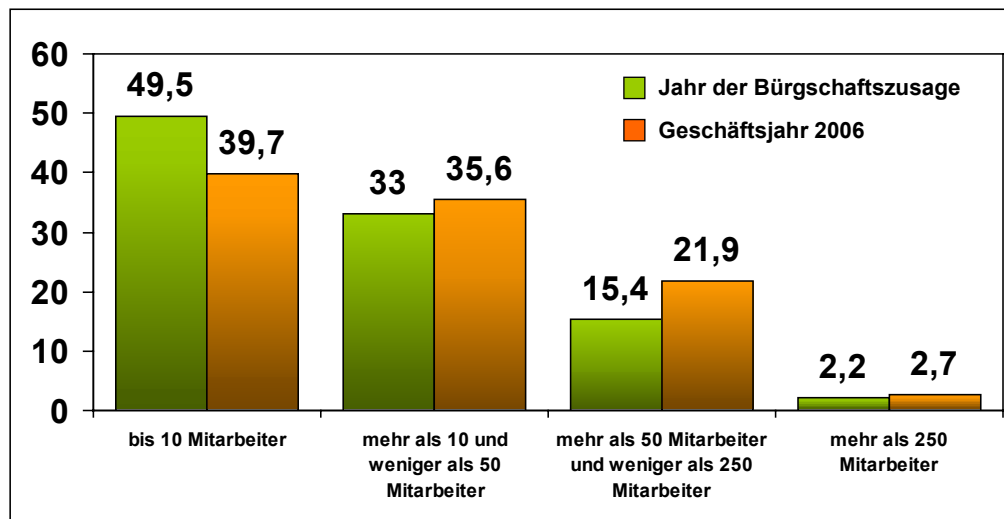
Insgesamt haben an der Umfrage 121 Unternehmen teilgenommen, wobei 105 (86,6%) auf die Bürgschaftsbank und 16 (13,4%) auf Unternehmen, die am Landesbürgschaftsprogramm beteiligt waren, entfielen. Die Rücklaufquote beträgt damit insgesamt 15,5%. Die Evaluierung erfolgt aufgrund eines Vergleichs von Daten im Jahr der Bürgschaftszusage mit Daten aus dem Geschäftsjahr 2006. Damit kann die Wirksamkeit der untersuchten Programme direkt untersucht werden.

3.3 Deskriptive Analyse

Größe der Unternehmen und Beschäftigung Die befragten Unternehmen können überwiegend der Gruppe der kleinen und mittelständischen Unternehmen zugeordnet werden. Sie sind in Land- und Forstwirtschaft (2,5%), Tourismus (11,76%), im Produzierenden Gewerbe (30,25%), Bau (5,9%), Dienstleistungssektor (27,7%), Handel (8,4%), als Freiberufler (4,2%) bzw. Handwerker (9,2%) tätig und durchschnittlich 9,7 Jahre alt. Personengesellschaften wurden mit 56,9% der Fälle nur geringfügig mehr als Kapitalgesellschaften (43,1%) gefördert. Im Jahr der Bürgschaftszusage hatten 97,8% der Unternehmen nicht mehr als 250 Mitarbeiter (N = 91). Im Geschäftsjahr 2006 sind es 97,3%. Insgesamt zeigt sich bei der Entwicklung der Unternehmensgrößen, gemessen an der Anzahl der Beschäftigten, ein erfreulicher Trend. Während der Anteil der Kleinstunternehmen

abgenommen hat, ist der Anteil der kleinen, mittleren und großen Unternehmen gestiegen. Das kann darauf hinweisen, dass die geförderten Unternehmen weitere Mitarbeiter eingestellt haben. Damit ist ein vorrangiges Ziel der Wachstumspolitik, nämlich Sicherung und Ausbau der Beschäftigung, erfolgreich umgesetzt worden (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Größenverteilung der befragten Unternehmen (Angaben in Prozent)



Quelle. Eigene Berechnung

Die Betrachtung einzelner Kategorien von Beschäftigten zeigt ebenfalls durchweg einen positiven Trend. Während bei den befragten Unternehmen die Gesamtanzahl der Beschäftigten um 24,8% gestiegen ist, nahm die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 30%, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 21,6% und die Zahl der Auszubildenden um 70% zu.¹⁰ Teilzeitkräfte wurden in 15,2% der Fälle in Vollzeitbeschäftigte umgewandelt.

Auch die Qualifikation der beschäftigten Mitarbeiter hat sich verbessert. Besonders erfreulich ist hierbei, dass die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern mehr Absolventen von Hochschulen, Fachhochschulen und Berufsakademien sowie Facharbeiter einstellen. So wuchs die Anzahl der Absolventen von durchschnittlich 5,9 auf 8,7, also um 47,4% (vgl. Tabelle 1). Bei den Facharbeitern nahm die Zahl von 17,6 auf 22,0, also um 25% zu. Dies könnte auch als ein Indiz für den Willen der Unternehmen angesehen werden, in Forschung und Entwicklung zu investieren. Aber auch alle anderen Beschäftigtenkategorien konnten Zuwächse verzeichnen.

¹⁰ Die Zahlen ergeben sich aus den berechneten Mittelwerten für die jeweiligen Beschäftigten im Jahr der Bürgschaftszusage und im Geschäftsjahr 2006. Dabei können insofern Verzerrungen auftreten, als in einigen Fällen lediglich Zahlen für das Jahr der Bürgschaftszusage vorliegen, wenn das Unternehmen erst 2006 gegründet wurde.

Tabelle 1: Kategorien von Beschäftigten (Mittelwerte)

	Jahr der Bürgschaftszusage	Geschäftsjahr 2006
Absolventen Universität, Fachhochschule, Berufsakademie	5,9	8,7
Facharbeiter	17,6	22,0
Ungelernte/ Hilfsarbeiter	4,9	6,7
Mitarbeiter über 50 Jahre	7,5	7,7
Leiharbeiter	1,1	1,7
Andere	0,2	0,5

Quelle: Eigene Berechnung

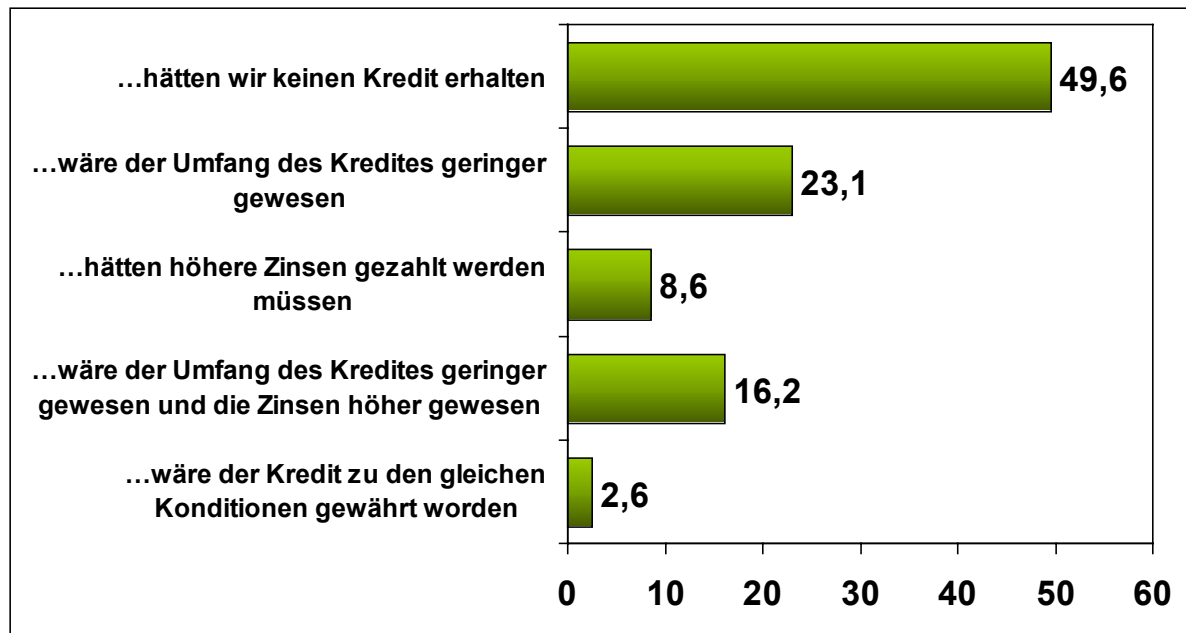
Bilanzielle Situation der Unternehmen Ein ebenso positives Bild ergibt sich, wenn die Bilanzen der befragten Unternehmen betrachtet werden. Hier konnten die Unternehmen die Bilanzsumme durchschnittlich um 29,3% erhöhen. Die durchschnittliche Eigenkapitalquote¹¹ ist vom Jahr der Bürgschaftszusage bis zum Geschäftsjahr 2006 von 27,1% auf 32,4% gestiegen. Das entspricht einem Zuwachs von 19,5%. Dabei ist die Verbesserung der Eigenkapitalposition der Unternehmen nicht auf Finanzierungsinstrumente wie Factoring, Leasing oder Mezzanine-Kapital zurückzuführen. Die Unternehmen gaben an, diese Instrumente gar nicht bis sehr selten zu nutzen (vgl. Anlage 4). Vielmehr sehen die Unternehmer einen direkten Zusammenhang zwischen der Verbesserung ihres Betriebsergebnisses und der erhaltenen Bürgschaft. Der Umsatz der Unternehmen ist im betrachteten Zeitraum im Durchschnitt von 3325,7 auf 4391,2 Tsd. Euro, d.h. um 32,0% gestiegen. Dabei gaben ca. 75% der Unternehmen an, den Umsatz wie geplant bzw. mehr als geplant gesteigert zu haben. Zudem gaben mehr als die Hälfte der Unternehmen an, den Umsatz außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns um mehr als 10% gesteigert zu haben. Insgesamt konnten die Unternehmen ihre finanzielle Situation somit deutlich verbessern.

Bürgschaft und Kreditfinanzierung Diese Ergebnisse machen auch deutlich, welches Potenzial diese Unternehmen hatten. Viele hätten ohne die Zusage einer Bürgschaft keinen Kredit oder einen Kredit nur zu ungünstigeren Konditionen erhalten (vgl. Abbildung 5). Daraus kann auf eine große Hebelwirkung der vergebenen Bürgschaften geschlossen werden.

¹¹ Die Eigenkapitalquote wurde aus dem Verhältnis des durchschnittlichen Eigenkapitals zur durchschnittlichen Bilanzsumme gebildet.

Abbildung 5: Einfluss der Bürgschaft auf die Kreditfinanzierung (Angaben in Prozent)

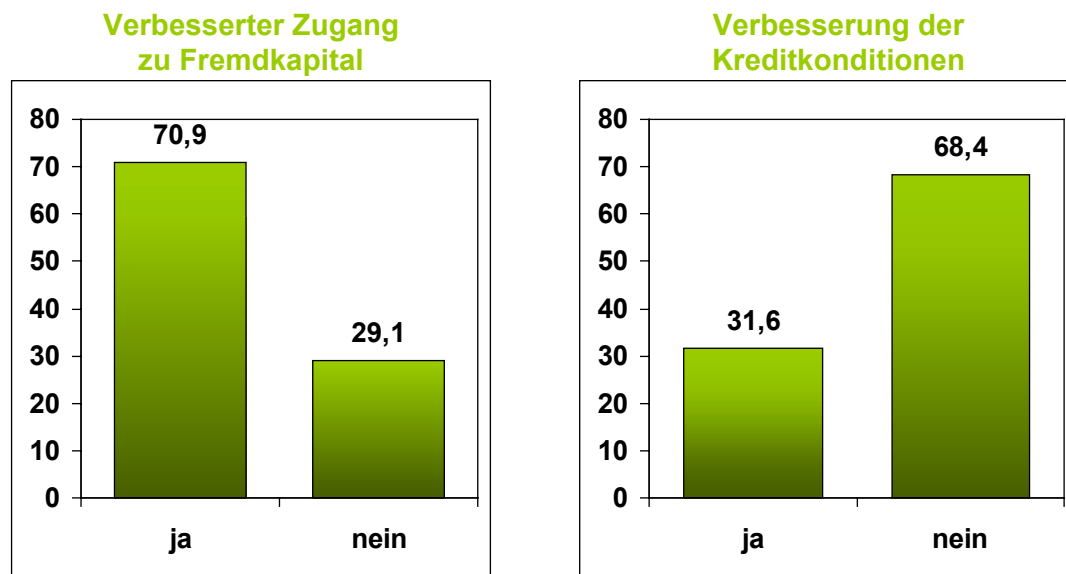
Ohne die Zusage einer Bürgschaft...



Quelle: Eigene Berechnung

Es zeigt sich, dass in nahezu der Hälfte der Fälle kein Kredit durch die entsprechende Bank gewährt worden wäre. Nur ca. 3% der Unternehmen hätten ohne Bürgschaft einen Kredit zu den entsprechenden Konditionen erhalten. Mit Blick auf die oben vorgestellten Zahlen zur Wirtschaftskraft der Unternehmen ist die Bereitschaft der Bürgschaftsbank und des Landes, Risiken dieser Kredite zu tragen, besonders erwähnenswert, da nur so Kreditrationierung verhindert wurde. Für 71% der befragten Unternehmen hat sich durch den Erhalt der Bürgschaft nach eigenen Angaben der Zugang zu Fremdkapital erleichtert. Allerdings geben die Unternehmen an, dass sich die Konditionen für die Aufnahme von Fremdkapital nicht verbessert haben (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Einfluss der Bürgschaft auf den Zugang zu Fremdkapital und die Kreditkonditionen



Quelle: Eigene Berechnung

Die Höhe der verbürgten Kredite beträgt bezogen auf die gesamte Stichprobe durchschnittlich 2.430 Tsd. Euro. Mit durchschnittlich 994 Tsd. Euro Bürgschaft tragen die Bürgschaftsbank und das Land ca. 41% des Kreditrisikos.¹² Sparkassen sind dabei in 43,9% der Fälle die Hausbank, die sich am stärksten bei der Vermittlung von Bürgschaften engagiert. Damit erfüllt die Sparkassen-Finanzgruppe einen wichtigen Beitrag im Rahmen ihrer Aufgabe als regionaler Förderer der Wirtschaft. Darauf folgen die privaten Banken (31,8%) und die Volks- und Raiffeisenbanken (23,4%). Es zeigt sich aber auch, dass die Kreditinstitute bei der Bekanntmachung von Bürgschaften am aktivsten sind. So haben 82,7% der Unternehmen von einer Bank erfahren, dass sie sich für eine Bürgschaft bewerben können. Alle anderen Vermittler, wie Steuerberater, Verbände, Kammern sowie die Bürgschaftsbank und PwC haben keinen Anteil an dieser Art der Beratung. Hier gibt es sicherlich noch weiteres Potenzial, da gezeigt werden konnte, dass von den Unternehmen, die eine Bürgschaft erhalten haben, positive Effekte auf Wachstum und Beschäftigung der Region ausgehen.

Der verbürgte Kredit wurde von 64,5% der Unternehmen für eine Investition verwendet. In der Mehrzahl handelte es sich hierbei um Anlageinvestitionen zur Errichtung einer neuen Betriebsstätte (47%). Dieses Ergebnis macht noch einmal die Notwendigkeit solcher Programme deutlich. Insbesondere bei Existenzgründungen, bei denen Banken häufig nicht bereit sind, das Risiko allein zu tragen, helfen Bürgschaften des Landes und der

¹² Hier sei auf die Unterschiede der beiden Bürgschaftsgeber verwiesen. Die Bürgschaftsbank verbürgt im Durchschnitt Kredite in Höhe von 913 Tsd. Euro. Die Landesbürgschaften betragen im Durchschnitt 12766 Tsd. Euro.

Bürgschaftsbank, dass diese Investitionen dennoch zu Stande kommen. Neben der Unterstützung der Gründung werden die Investitionskredite vorrangig für Anlageinvestitionen bei Erweiterung einer bestehenden Betriebsstätte (27,3%) und die Übernahme eines bestehenden Betriebes (25,8%) genutzt. Nur wenige Fälle nutzen den Kredit für eine Anlageinvestition in eine bestehende Betriebsstätte (18,2%) bzw. für eine grundlegende Veränderung im Unternehmen (9,1%). Das durchschnittliche Investitionsvolumen beträgt dabei bezogen auf die gesamte Stichprobe 3.268 Tsd. Euro.¹³ Die Mittel werden an erster Stelle in Maschinen und Anlagen (85,1%), Gebäude (55,2%) und Grundstücke (34,3%) investiert. Selten nutzen die Unternehmen die Kredite, um immaterielle Vermögensgegenstände zu erwerben (19,4%).

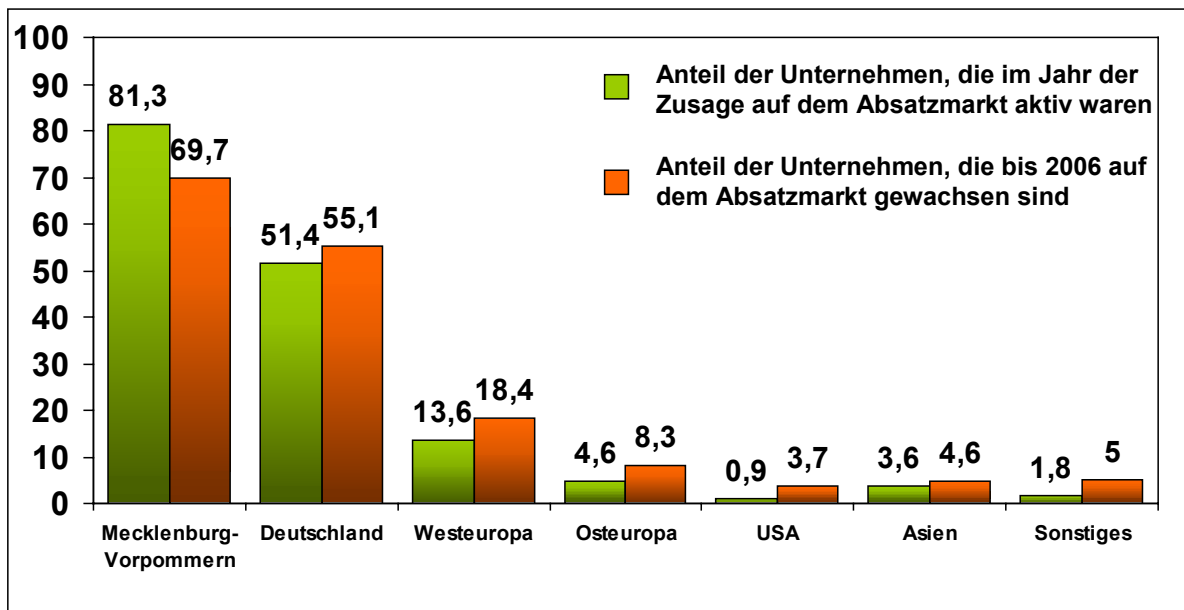
Die Rückzahlung des Kredites ist für einen Anteil von 84,6% der befragten Unternehmen kein nennenswertes Problem. Dies ist ein Indiz dafür, dass die begünstigten Unternehmen von PWC und der Bürgschaftsbank sorgfältig ausgewählt werden.

Wettbewerb auf den Absatz- und Beschaffungsmärkten Ein weiteres wichtiges Indiz, um die Wirksamkeit der Förderpolitik zu messen, ist das Wachstum der Unternehmen auf den Absatz- und Beschaffungsmärkten. Neben der regionalen Nachfrage und der Binnennachfrage ist es wichtig, dass Waren international abgesetzt werden können. Dies ist für viele Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern häufig nicht gegeben, da hier viele Dienstleistungs- und Tourismusunternehmen am Markt agieren (siehe oben). Es zeigt sich allerdings, dass die Unternehmen im Durchschnitt auf allen nationalen und internationalen Märkten mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns wachsen konnten (vgl. Abbildung 7).

Obwohl sich zwei Drittel der Unternehmen einem stärkeren Wettbewerb auf den Absatzmärkten ausgesetzt sehen, gaben 59% der Unternehmen an, Marktanteile gewonnen zu haben. Den Grund für dieses Wachstum sehen die Unternehmen in der verbesserten Produktqualität (58,2%) und innovativeren Produkten (54,6%) im Vergleich zur Konkurrenz. Daneben spielen günstigere Konditionen gegenüber den Kunden (29,1%), verbesserte Produktionsprozesse (20,9%) und kürzere Lieferzeiten (17,3%) eine Rolle.

¹³ Dabei gibt es bei den beiden Bürgschaftsgebern erhebliche Unterschiede. Das Investitionsvolumen der Unternehmen, die durch die Bürgschaftsbank finanziert werden, beträgt im Durchschnitt 789 Tsd. Euro. Das Investitionsvolumen bei Landesbürgschaften beträgt im Durchschnitt 34257 Tsd. Euro.

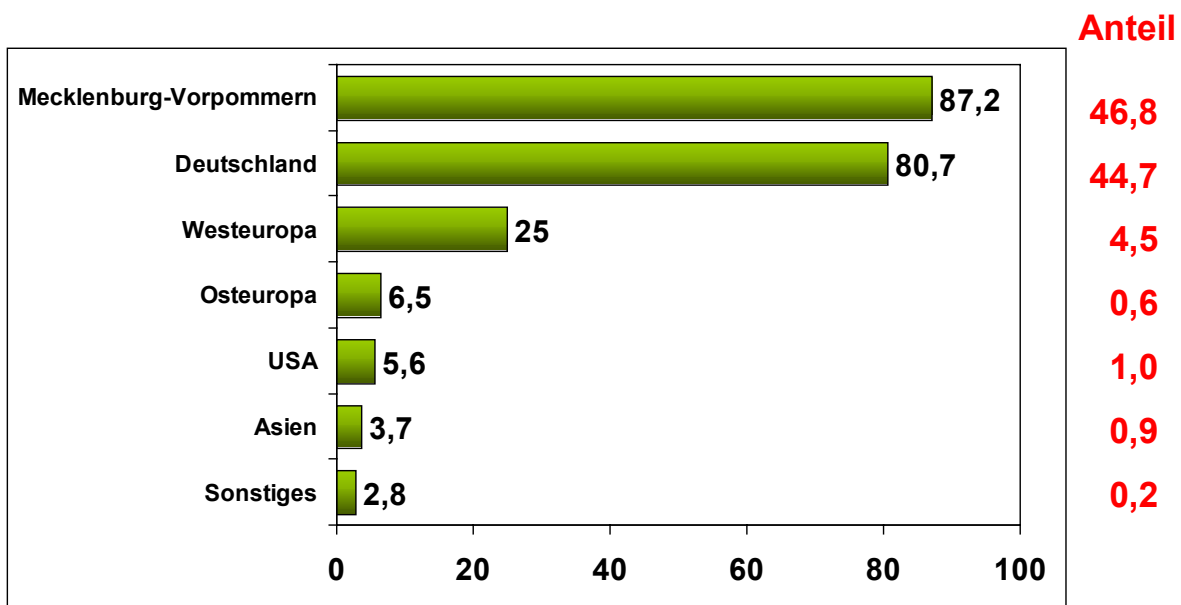
Abbildung 7: Wachstum auf den Absatzmärkten (Angaben in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnung

Als wichtigsten Beschaffungsmarkt nannten 87,2% der Unternehmen Mecklenburg-Vorpommern mit einem Anteil von 46,8%. Als weitere wichtige Quellen für Beschaffungsgüter sind das restliche Deutschland (80,7%) mit einem (durchschnittlichen) Anteil von 44,7% und mit Abstand die anderen westeuropäischen Länder genannt. Beschaffungsmärkte in Osteuropa, Asien oder den USA spielen nur eine untergeordnete Rolle (vgl. Abbildung 8)

Abbildung 8: Beschaffungsmärkte und deren Anteil (Angaben in Prozent)

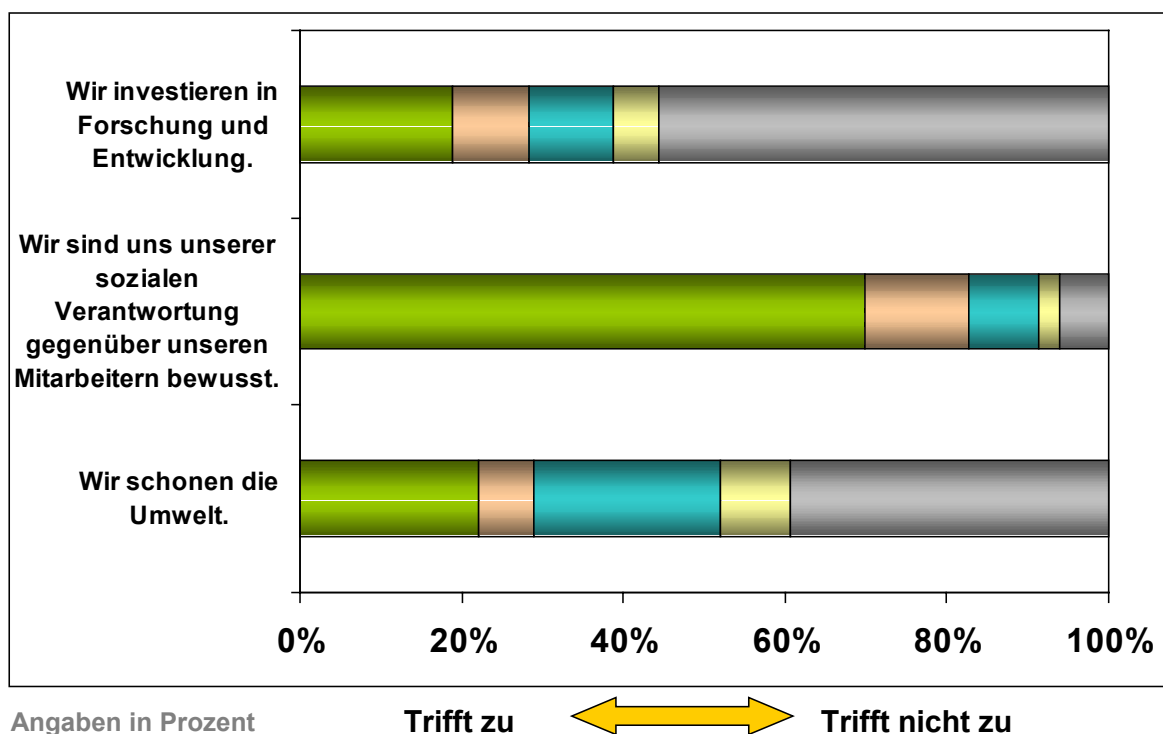


Quelle: Eigene Berechnungen

Allerdings hat sich die Marktposition bei dem Großteil der befragten Unternehmen (51,4%) durch die Bürgschaftszusage auf den Beschaffungsmärkten nicht verändert. Verbessern konnten ihre Marktposition immerhin 35,5% der Unternehmen, während nur 13,1% eine Verschlechterung empfinden.

Nachhaltigkeit Neben all den erwähnten Aspekten ist die Frage nach der Nachhaltigkeit einer Investition in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion immer wichtiger geworden. Dabei spielen vor allem die Schonung der Ressourcen, die soziale Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern und die Investition in Forschung und Entwicklung eine wichtige Rolle. Hier haben die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern noch einigen Nachholbedarf (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 9: Nachhaltigkeit



Quelle: Eigene Berechnung

Bei der Betrachtung dieser Werte zeigt sich vor allem die Notwendigkeit, stärker in Forschung und Entwicklung zu investieren. Allerdings muss hier auf die besondere Branchenstruktur Mecklenburg-Vorpommerns verwiesen werden, obwohl die Stichprobe selbst einen vergleichsweise hohen Anteil am Produzierenden Gewerbe enthält.

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Ziel der Untersuchung war, Bürgschaftsprogramme des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu evaluieren. Grundlage war eine Befragung bei 780 Unternehmen, die im Jahr 2007 durchgeführt wurde. Insgesamt konnte festgestellt werden, dass die Bürgschaftsprogramme einen positiven Beitrag beim Aufbau der regionalen Wirtschaft leisten. Gemessen an dem Ziel dieser Programme, das Wachstum und die Beschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern zu sichern und auszubauen, stellen sie ein Beispiel für erfolgreich umgesetzte Wirtschaftspolitik dar. Sie erreichen die Unternehmen direkt und führen sofort zu sichtbaren Erfolgen. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie entsprechen den theoretischen Erwartungen und empirischen Befunden anderer Studien zur wirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit staatlicher Bürgschaften und Bürgschaftsbanken. Auch wenn die volkswirtschaftlichen Vorteile für das Land Mecklenburg-Vorpommern auf der Grundlage unseres Datensatzes nicht quantifiziert werden können, sprechen unsere Befunde in Verbindung mit der Evidenz einer in Ostdeutschland besonders stark ausgeprägten Kreditrationierung kleiner Unternehmen für eine große Hebelwirkung dieses Finanzierungsinstruments in diesem Bundesland.

Literatur

- BESTER, H. (1985), Screening vs. rationing in credit markets with imperfect information. *American Economic Review* **75**, 850-855.
- BESTER, H. UND M. HELLWIG (1987), Moral Hazard and Equilibrium Credit Rationing: An Overview of the Issues, Discussion Paper No.125, Universität Bonn
- BIGUS, J., LANGER, T. UND D. SCHIERECK (2004), Wie werden Kreditsicherheiten in der Praxis eingesetzt? – Ein Überblick über empirische Befunde, *Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft*, 16. Jg., S. 465-480.
- BOOT, A.W.A., THAKOR, A.V., UDELL, G.F. (1991), Secured lending and default risk: equilibrium analysis, policy implications and empirical results. *Economic Journal* **101**, 458-472.
- DIHK (2007), Auswirkungen von Basel II auf die Finanzierung von Unternehmen, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin, Januar 2007.
- KFW BANKENGRUPPE (2006A), Mittelstand – Jobmotor der deutschen Wirtschaft, Frankfurt/Main
- KFW BANKENGRUPPE (2006B), Unternehmensbefragung 2006, Frankfurt/Main.
- KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (2003), Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen, Amtsblatt der Europäischen Union L124/36.
- LANGER, T. UND D. SCHIERECK (2002), Kreditvergabe über Bürgschaftsbanken: Eine theoretische Analyse zur potenziellen Vorteilhaftigkeit, *Zeitschrift für Betriebswirtschaft* **72**, 141-164.
- LEHMANN, E., NEUBERGER, D. UND S. RÄTHKE (2004), Lending to Small and Medium-Sized Firms: Is there an East-West Gap in Germany?, *Small Business Economics* **23**, 23-39.
- MITTELSTANDBERICHT MECKLENBURG VORPOMMERN 2002 – 2006, Bericht der Landesregierung an den Landtag
- NEUBERGER, D. UND S. RÄTHKE (2007), Microenterprises and Multiple Bank Relationships: The Case of Professionals, *Small Business Economics* (im Erscheinen)
- KRISZELEIT (2006), Öffentliche Bürgschaften – insbesondere Landesbürgschaften, in Handbuch Unternehmensstrukturierung: Grundlagen, Konzepte und Maßnahmen

- MENKOW, L., NEUBERGER, D. UND C. SUWANAPORN (2006), Collateral-Based Lending in Emerging Markets: Evidence from Thailand, *Journal of Banking and Finance* **30**, 1-21.
- OSTDEUTSCHER BANKENVERBAND E.V. (2007), Bankenblick, Mecklenburg-Vorpommern, Wirtschaftslage – Perspektiven, März 2007
- SCHIERECK, D. (2002), Bürgschaftsbanken in Deutschland, *Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen* **25** (2), 174-188.
- SCHMIDT, A.G. UND M. VAN ELKAN (2006), Der gesamtwirtschaftliche Nutzen der deutschen Bürgschaftsbanken, Trier
- STIGLITZ, J.E. UND A. WEISS (1981), Credit Rationing in Markets with Imperfect Information, *American Economic Review* **71**, 393-410.
- VERBAND DER BÜRGSCHAFTSBANKEN (2006), Der Verband berichtet
- WIRTSCHAFTSMINISTERIUM (2005), Förderinstrumente für Industrie, gewerbliche Wirtschaft und Handwerk in Mecklenburg-Vorpommern, Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin.

Internetquellen

http://www.creditreform.de/Ressourcen/PDF_Dokumente/Presse/Presse-Archiv/Presseinformation_Insolvenzen_Deutschland_2004.pdf, gesichtet: 22.Mai 2007

Anhang

Übersicht über die Bürgschaftsprogramme in Mecklenburg-Vorpommern

Bürgschaftsprogramm	Was?	Wer?	Wie?
Bürgschaftsprogramm der Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern	Besicherung von Krediten für Vorhaben, wie beispielsweise Existenzgründungen, Geschäftsübernahmen, Teilhaberschaften, Investitionen etc.	Kleine und mittelständische Existenzgründer, Unternehmen bzw. Betriebe aus den Bereichen Industrie, Handwerk, Handel, Hotel- und Gaststättengewerbe, Verkehrsgewerbe, Gartenbau und übrige Gewerbe sowie Angehörige Freier Berufe	Bürgschaft bis zu maximal 80% des zu verbürgenden Kredites. Die maximale Bürgschaftshöhe beträgt 1 Million Euro.
Landesbürgschaften Mecklenburg-Vorpommern	Besicherung von Krediten für volkswirtschaftlich förderungsfähige und betriebswirtschaftlich vertretbare Investitionsvorhaben, darüber hinaus auch für Betriebsmittelkredite einschließlich Avale.	Gewerbliche Unternehmen und sonstige Einrichtungen der freien Wirtschaft, freiberuflich Tätige, Personen mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft im Sinne des § 13 EStG sowie Personen, die sich mit Hilfe des zu verbürgenden Kredites in leitender Funktion an einem Unternehmen beteiligen wollen.	Bürgschaft bis zu 80% des zu verbürgenden Kredites.
Bürgschaften des Bundes	Ausfallbürgschaften mit einer Quote von insgesamt bis zu 80% unter paralleler Einbindung der Länder für neu zu gewährende Kredite (für Investitionen, Betriebsmittel und Avale). Ersatz fehlender adäquater Kreditbesicherungsmöglichkeiten. Das Vorhaben muss volkswirtschaftlich und fachlich förderungswürdig sein. Die beihilferechtlichen Vorgaben der EU sind zu beachten.	Gewerbliche Unternehmen in den neuen Bundesländern, die Vorhaben in den neuen Bundesländern durchführen und sich ganz oder mehrheitlich in privater Hand befinden. Die Unternehmen müssen bei angemessener Eigenkapitalbeteiligung durch ihre Anteilseigner die Gewähr für eine ordnungsgemäße Bedienung der Bürgschaftskredite bieten (Tragfähigkeit des Vorhabens).	Die Bürgschaften werden nur für Vorhaben übernommen, die nicht durch Bürgschaftsprogramme der Bürgschaftsbanken abgedeckt sind und bei denen keine alleinigen Landesbürgschaften in Betracht kommen (i.d.R. trifft dies für einen Bürgschaftsbedarf von ca. 10 Mio. EUR und mehr zu).

Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von Wirtschaftsministerium (2005) .